

## Vorlage Nr. 101.17.779

### Schadenersatz für unzulässige Geschwindigkeitsmessenlagen

#### Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sämtliche Möglichkeiten des Schadenersatzes gegen die Betreiberfirma der unzulässigen Geschwindigkeitsmessenlagen im Stadtgebiet zu prüfen und gegebenenfalls mögliche Ansprüche geltend zu machen. Über das Ergebnis dieser Prüfung ist im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung zu berichten. Aufträge zur Aufstellung zukünftiger stationärer Geschwindigkeitsmessenlagen in Kassel sind nach öffentlicher Ausschreibung ausschließlich an eine geeignete Firma zu vergeben, die ihre Leistungsfähigkeit in diesem Bereich nachweisen kann und die über für den stationären Einsatz konzipierte und zugelassene Geräte verfügt. Dabei sind die Ergebnisse der Beratungen des Verkehrsgerichtstages 2013 in Goslar zu diesem Thema zu berücksichtigen.

#### Begründung:

Nach den monatelangen Problemen und Skandalen rund um die unzulässigen Geschwindigkeitsmessenlagen im Stadtgebiet und dem Zuwarten des verantwortlichen Bürgermeisters Kaiser, der noch an einer weiteren Zusammenarbeit mit der privaten Betreiberfirma festhielt, obwohl das Ergebnis des von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachtens die Frage nach einem technischen Umbau hin zur Zulässigkeit mehr als fraglich beschreibt, ist die nunmehr beschlossene und überfällige Beendigung des Vertrags mit der beauftragten Betreiberfirma der Geschwindigkeitsmessenlagen und die Demontage der Geräte zu begrüßen. Gleichzeitig ist es erforderlich, zukünftig professionell zu agieren, um die Stadt nicht dem Hohn und Spott der Öffentlichkeit auszusetzen.

Berichtersteller/-in:                      Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett  
Fraktionsvorsitzender